

DIE LINKE. Berlin
8. Landesparteitag, 4. Tagung
24. September 2022

Antrag A 50

Antragssteller*in: Horst Arenz (LAG Städtebau- und Wohnungspolitik, Treptow-Köpenick), Niklas Schenker (Mda, Charlottenburg-Wilmersdorf), Katalin Gennburg (Mda, Treptow-Köpenick), Kaspar Metzkwow (Ko-Kreis LAG Städtebau- und Wohnungspolitik, Pankow), Moritz Warnke (Landesvorstand, Treptow-Köpenick), Andrea Geldner (LAG Städtebau- und Wohnungspolitik, Pankow), Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Kommunal bauen und wohnen: den gemeinwohlorientierten Kurs der 2 landeseigenen Wohnungsunternehmen weiter stärken!

3 Der fulminante Erfolg des Volksentscheids „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ ist für uns Rücken-
4 wind, um den gemeinwohlorientierten Umbau des Berliner Wohnungsmarktes weiter voranzu-
5 treiben. Ein zentrales Steuerungsinstrument sind hierbei die landeseigenen Wohnungsunterneh-
6 men (LWU), die mit ihren knapp 340.000 Wohnungen einen wichtigen Gegenpol zur privaten Im-
7 mobilienwirtschaft bilden.

8 Vor dem Hintergrund steigender Bauzinsen und explodierender Bau- wie Energiekosten werden
9 von Seiten der Unternehmen wie anderer Parteien wiederholt Vorschläge laut, um die Unterneh-
10 men marktförmiger auszurichten, z.B. in dem sie Eigentumswohnungen bauen sollen. Das lehnen
11 wir ab, denn die landeseigenen Wohnungsunternehmen sind für uns der wichtigste Garant für
12 eine soziale Wohnraumversorgung und den sozial-ökologischen Stadtumbau in Zeiten der Klima-
13 krise!

14 Bis Ende 2022 soll die neue sog. Kooperationsvereinbarung zwischen Senat und LWU ausgehan-
15 delt werden, in der die zentralen Vorgaben für Mieterschutz und bezahlbaren Neubau verankert
16 werden. Mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket wollen wir ermöglichen, dass die LWU An-
17 ker der sozialen Wohnraumversorgung bleiben. Wir wollen ihren sozialen Versorgungsauftrag ab-
18 sichern und ihren gemeinwohlorientierten Umbau verstetigen. Zentrale Leitlinien, für die wir uns
19 als LINKE auf allen Ebenen einsetzen, sind hierbei:

20 (1) Mieterschutz und soziales Wohnen stärken

21 Insbesondere in der Krise müssen die landeseigenen Wohnungsunternehmen für einen umfas-
22 senden Mieterschutz sorgen. Dazu gehört die Deckelung der Mieten im Bestand und bei der Wie-
23 dervermietung von Wohnraum („Mietendimmer“). Außerdem wollen wir sicherstellen, dass die
24 Landeseigenen auf alle Strom- und Gassperren sowie Kündigungen und Räumungen verzichten.
25 Viele Mieter*innen rutschen aufgrund der steigenden Preise und Nebenkosten in eine prekäre
26 Lage. Kein Haushalt soll mehr als 30 Prozent des Einkommens für die Bruttowarmmiete ausgeben
27 müssen.

28 Damit noch mehr WBS-Berechtigte eine bezahlbare Wohnung finden, wollen wir ermöglichen,
29 dass künftig 75 Prozent der freiwerdenden Wohnungen bei den landeseigenen Wohnungsunter-
30 nehmen an WBS-berechtigte Haushalte vergeben werden.

31 In den letzten 6 Jahren wurden 55.000 Wohnungen durch die LWU angekauft. Rekommunalisie-
32 rung hört für uns nicht mit dem Eigentümerwechsel auf. In vielen Siedlungen besteht aufgrund
33 jahrelanger Vernachlässigung durch die ehemaligen privaten Eigentümer ein hoher Instandhal-
34 tungsstau. Wir wollen sicherstellen, dass verbindliche Sanierungsfahrpläne aufgestellt werden,
35 die u.a. die Aufwertung des Wohnumfelds und Investitionen in soziale Infrastrukturen beinhalten.

36 **(2) Den sozialen und kommunalen Wohnungsbau stärken**

37 Trotz vieler Anstrengungen schmilzt der Bestand an Sozialwohnungen in Berlin weiter ab. Fast
38 die Hälfte aller Berliner Haushalte haben Anspruch auf eine Sozialwohnung, doch nur jeder zehnte
39 Haushalt findet eine. Schon jetzt sind die LWU verpflichtet, jede zweite Neubauwohnung mit So-
40 zialbindung zu errichten, doch diese Quote wurde in den letzten Jahren stets unterschritten. Hier
41 besteht Nachholbedarf, weshalb wir die Sozialquote im Neubau künftig auf 75 Prozent anheben
42 wollen. Der wachsenden Spaltung zwischen den Bezirken, die sich im Bestand an Sozialwohnun-
43 gen stark unterscheiden, wollen wir dadurch gegensteuern, dass in ausgewählten Quartieren
44 diese Quote 100 Prozent betragen soll.

45 Für bezahlbaren Neubau zu sorgen, ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge und gehört
46 deshalb verstärkt in öffentliche Hand. Um kommunales Bauen auch bei steigenden Baukosten und
47 Zinsen zu ermöglichen, wollen wir neue Finanzierungswege eröffnen und durch gezielte Eigenka-
48 pitalzuschüsse die Investitionsfähigkeit der Landeswohnungsunternehmen für den sozialen Woh-
49 nungsbau absichern.

50 Wir schlagen vor, eine Kommunale Bauhütte aufzubauen: anstatt dass die sechs Landeswoh-
51 nungsunternehmen wie bisher teure Leistungen am Markt einkaufen und sich von privaten Akt-
52 euren abhängig machen, könnten durch Kooperation und den Aufbau von eigenen Bau- und Pla-
53 nungskapazitäten Synergien entwickelt, Kosten gespart und so auch die Leistungsfähigkeit der
54 kommunalen Unternehmen gesteigert werden. Einen Bau von Eigentumswohnungen durch die
55 LWU – also eine Privatisierung kommunalen Eigentums – wird es mit der LINKEN nicht geben.

56 **(3) Demokratisierung des kommunalen Wohnens voranbringen**

57 Kommunales Wohnen macht nicht nur gute Wohnbedingungen und bezahlbare Mieten aus, son-
58 dern auch echte Demokratisierung und eine umfassende Mitbestimmung der Mieter*innen. Die
59 unternehmensweiten Mieterräte leisten wie die quartiersbezogenen Mieterbeiräte eine enorm
60 wichtige Arbeit. Wir wollen die Demokratisierung der Landeswohnungsunternehmen weiter vo-
61 ranreiben und dazu u.a. die Rechte der lokalen Mieterbeiräte endlich gesetzlich verankern.

62 Begründung:

63 Erfolgt mündlich